

Rede von François Mitterrand über die demokratischen Reformen in Osteuropa (Straßburg, 22. November 1989)

Quelle: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Verhandlungen des Europäischen Parlaments. 22.11.1989, n° 3-383/187. Straßburg. "Rede von François Mitterrand vor dem Europaparlament ", p. 187-192.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/rede_von_francois_mitterrand_uber_die_demokratischen_reformen_in_osteuropa_stra%C3%9Fburg_22_november_1989-de-d3f2ecb3-a49c-4960-af84-dc035d9bc63a.html

Publication date: 02/12/2013

Rede von François Mitterrand vor dem Europaparlament (Straßburg, 22. November 1989)

Herr Präsident,

Meine Damen und Herren!

Wie Sie wissen und wie soeben nochmals erwähnt wurde, hat letzten Samstag in Paris eine außerordentliche Tagung des Europäischen Rates stattgefunden. Seine Tagesordnung war einfach: Prüfung der Ereignisse in Osteuropa und die ersten Folgerungen, die daraus zu ziehen sind.

Nach einer Unterredung mit dem Präsidenten Ihrer Versammlung habe ich gedacht, daß es für das gute Funktionieren unserer Institutionen nützlich wäre, wenn ich in meiner Eigenschaft als Präsident des Europäischen Rates zu Ihnen kommen würde, um Ihnen, ohne Ihre Beratungen übermäßig zu verlängern, kurz über den Ablauf dieser Tagung zu berichten.

Es liegt noch keinen Monat zurück, daß ich am 25. Oktober an dieser Stelle, wie ich es heute tue, zu Ihnen gesprochen habe. Ich sprach über die Lage bei unseren Nachbarn in Osteuropa, wo die Geschichte, wie Sie feststellen können, täglich fortgeschrieben wird. Ich sprach über diese mächtige Bewegung hin zur Demokratie und zur Freiheit. Ich sprach über die Entschlossenheit des Volkes, die den Lauf der Ereignisse bestimmt, die die Mauern zum Einsturz bringen und die Grenzen verschwinden läßt und sagte zu Ihnen: Wieder erheben sich die Völker, und wenn sie sich erheben, sind sie es, die entscheiden.

Nun, am 9. November, in Berlin, bot der Gang der Geschichte der Welt das tags zuvor noch unwahrscheinliche Schauspiel einer Öffnung der Mauer, die seit nahezu 30 Jahren die schmerzhaft spaltende unseres Kontinents auf besondere Weise symbolisierte. An diesem Tag errangen, so meine ich, die voneinander untrennbaren Werte der Demokratie und der Freiheit einen ihrer schönsten, einen ihrer spürbarsten Erfolge. Das Volk hatte sich erhoben. Das Volk hatte gesprochen und seine Stimme überschritt die Grenzen, durchbrach das Schweigen einer Ordnung, die das Volk nicht gewollt hatte, die ihm auferlegt worden war und von der es sich ohne Zweifel lossagen wollte, um wieder zu sich selbst zu finden.

Daher bin ich glücklich, an dieser Stelle vor Bundeskanzler Kohl, vor den Vertretern der zwölf Mitgliedstaaten der Gemeinschaft zum Ausdruck bringen zu können, wie tief uns diese gewichtigen Augenblicke bewegt haben. Es ist nicht notwendig, dieses Gefühl ausführlicher zu beschreiben, da es eine Geschichte ist, die sich in jedem von uns abspielt, von jedem von uns erlebt wird und zugleich die Geschichte eines phantastischen kollektiven Aufbruchs darstellt, an dem wir, glaube ich, stolz waren, teilhaben zu können.

Die Bewegung begann in Polen, dann in Ungarn, wobei ich wohlgerne nur auf die jüngsten Ereignisse Bezug nehme, da schon seit geraumer Zeit, vom ersten Tag an, freie Menschen gehofft, freie Menschen gekämpft haben. Groß war die Zahl derer, die das Risiko des Verlustes ihrer eigenen Freiheit, das Risiko der Lebensgefahr auf sich nahmen, groß auch die Zahl derer, die ihre Freiheit oder ihr Leben verloren haben. Wer könnte schon genau sagen, wann das erste Zeichen gegeben wurde und wann das erste Erwachen stattgefunden hat? Man denke schließlich nur an die jüngsten Ereignisse in Polen und in Ungarn, eine von der Sowjetunion gewollte und geförderte Bewegung, wobei wir niemals genug die Rolle hervorheben können, die Herr Gorbatschow in diesem Zusammenhang gespielt hat.

(Beifall)

Dies ist ein Mann, der ganz gewiß in der Logik seines Denkens und seiner Geschichte, der Geschichte seines Landes, angesiedelt ist, der aber verstanden hat, daß man zu neuen Handlungsweisen übergehen mußte, und daß sein Land ebenso wie die anderen Länder nunmehr die in der menschlichen Gesellschaft dominierenden Kräfte akzeptieren mußten, nämlich - und es macht mir letztlich Freude dies zu wiederholen: die Demokratie und die Freiheit.

Nun diese Bewegung beschleunigt sich, weitet sich aus, verbreitet sich überall in Europa und wir wollen sie und - erlauben Sie mir, in Ihrem Namen zu sprechen, auch wenn Sie mir hierzu nicht das Mandat erteilt haben - wir fühlen uns mit ihr in Übereinstimmung. Ja, wir möchten sogar, daß diese Bewegung sich fortsetzt. Unser Hunger ist noch nicht gestillt; wir sehen, was sich überall in den polnischen Städten, in den Städten Ostdeutschlands, in Ungarn ereignet und ereignet hat. Wir hören den Ruf der Mengen in Prag, und wenn wir die Stimme des rumänischen Volkes nicht hören, dann nur, weil sie noch erstickt wird.

(Beifall)

Doch wir nehmen sie wahr. Dieses Schweigen ist unüberhörbar laut.

Eines Tages wird auch dieses Volk sich dem Konzert der Nationen anschließen, das wir bereits zwischen unseren zwölf Ländern bilden, die in der Geschichte dieses Jahrhunderts durch so viele Ereignisse getrennt wurden und sich dennoch zusammengefunden haben, da sie es wollen, und vielleicht auch, weil sie der Notwendigkeit gehorchend erkannten, daß sie es wollen mussten.

Warum also diese Begegnung in Paris am 18. November? Hätte man vielmehr schon früher zusammentreffen sollen? Ich werde auf diese Frage, die durchaus berechtigt war, nicht zurückkommen; sie ist schwer zu entscheiden. Ich selbst habe sie mir vom ersten Tag an gestellt. Ich hatte den Eindruck, daß es vielleicht nötig sei, ein wenig Abstand zu gewinnen. Sehr viel war es nicht, eine gute Woche. Ein wenig Abstand von den Empfindungen und Emotionen der ersten Stunden, bevor man beginnt, die Dinge zu durchblicken, die Völker selbst beginnen abzustecken, inwieweit sich ihre Ziel Vorstellungen, das, was sie im Grunde wollen, und zuweilen auch ihre Träume von der heutigen Wirklichkeit von den Ziel vorstellungen unterscheiden, die unseren politischen Erörterungen, unserer Parlamentssitzungen und unseren Regierungsentscheidungen zugrunde liegen.

Ich habe den Europäischen Rat von Straßburg aus einem ganz naheliegenden Grund nicht vorverlegt: Er ist bereits für den kommenden 8. und 9. Dezember anberaumt. Alles zu seiner Zeit; Sie wissen, meine Damen und Herren, daß dies in anderen Lebensbereichen ebenso gilt wie in unserer Gemeinschaft, Termine müssen vorbereitet werden und heranreifen. Die Begegnung von Straßburg findet gerade zu einem Zeitpunkt statt, der entscheidend ist für die Zukunft unserer Gemeinschaft, für die Festigung ihrer Strukturen, für die Definition ihrer Grundsätze. Ich bin der Ansicht, daß es notwendig ist, dieser kommenden Begegnung ihre volle Bedeutung zu erhalten.

Samstag konnten wir uns im wesentlichen, und ich würde sagen fast ausschließlich, sowohl über die Ereignisse im Osten als auch über das unterhalten, was seitens unserer Länder, die ganz generell als die Länder des Westens angesehen werden, getan werden mußte; ich werde hierauf gleich zurückkommen. Was müssen wir tun? Für Antworten gibt es schon Ansätze. Diese müssen noch ergänzt werden. Vor jedem von uns liegt viel Arbeit. Wir alle stehen vor dem, was wir bisher geschaffen haben, und wir müssen herausfinden, auf welche Weise wir das Europa von morgen gestalten wollen. Letztlich ging es uns aber um zweierlei, nämlich zum einen darum, eine gemeinsame Analyse der Lage in Osteuropa und eine Beurteilung der Folgen vorzunehmen, die sich hieraus für das Gleichgewicht in Europa ergeben können; und zum anderen darum, ein Zeichen für den Willen der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten zu setzen, den osteuropäischen Ländern, die den Weg der Reformen eingeschlagen haben, zu helfen.

Diese Hilfe ist für alle osteuropäischen Länder bestimmt, wobei sie eine konkretere und präzisere Form für diejenigen Länder annimmt, die die genannte Richtung eingeschlagen haben und nicht verbal uns gegenüber, sondern sich selbst gegenüber Verpflichtungen eingegangen sind. Die bereits angekündigten Maßnahmen zeigen uns, daß es sich tatsächlich um Bestrebungen handelt, die Regierungsform dieser Länder in demokratische Systeme überzuleiten. Daß die Gegebenheiten die Abhaltung dieser Tagung rechtfertigen, lag auf der Hand. Die Lage verlangte nach einer unverzüglichen und eingehenden Prüfung und machte es notwendig, daß die Gemeinschaft sich mit den betreffenden Anliegen befaßt, um ihre Haltung gegenüber Ereignissen, die sie unmittelbar betreffen, festlegen zu können.

Sie haben den Wunsch geäußert, eine Aussprache über die politischen Entwicklungen in Zentral- und

Osteuropa und über deren Folgen für die Zukunft Europas und damit auch der Gemeinschaft zu führen. Ich beglückwünsche Sie zu dieser Initiative. Ihre Aussprache wird, davon bin ich überzeugt, die Botschaft bereichern, die die Zwölf an die Länder Europas richten möchten. Da ich gegenwärtig diese Aufgabe wahrnehme und mir diese Verantwortung zufällt, konnte ich mir nicht vorstellen, ihr nachzukommen, ohne zu einem bestimmten Zeitpunkt Gelegenheit zu haben, Sie hiervon zu unterrichten – damit kann meines Erachtens das Parlament seine Rolle wahrnehmen -, und auch wenn sich die Dinge ständigem Fluß und in der Entwicklung befinden, ist es zumindest notwendig, einige Phasen deutlich herauszustellen, und ich hoffe, daß dies heute geschehen wird.

(Beifall)

Es handelt sich, glauben Sie mir, nicht nur um die Erfüllung einer Pflicht. Ich bin, auch wenn ich mich damit vielleicht ein wenig wiederhole, auch glücklich darüber, daß mir hiermit die Gelegenheit gegeben wird, Ihnen unsere Schlußfolgerungen dazulegen.

Da ich Ihnen gegenüber aber den Rat vom Samstag erwähnt habe und gerade dies unsere Begegnung beschleunigt hat und rechtfertigt, werde ich, wenn Sie es gestatten, einen Augenblick bei diesem Punkt verweilen.

Die erste dieser Schlußfolgerungen berührt die eigentliche Zukunft unserer Gemeinschaft; ich glaube in bereits verwendeten Worten sagen zu können, daß die Existenz der sich festigenden Gemeinschaft den Ereignissen in Osteuropa als Bezugspunkt und Anregung gedient hat. Wir rechnen uns nicht das Verdienst hierfür an. Dies gebührt zunächst den Völkern dieser Länder; es gebührt sodann denjenigen ihrer Führungskräfte, die die Notwendigkeit dieser Entwicklung erkannt, sie erlaubt und sie erleichtert haben. Die Anerkennung gebührt auch, und davon bin ich überzeugt, dieser Gemeinschaft, die heute den einzigen wirklichen Anziehungspunkt für eine strukturierte Zukunft unseres Kontinents darstellt.

Und dann sind da die Werte, die berühmten Werte, von denen so oft die Rede ist, und wir wissen sehr wohl, was wir damit sagen wollen. Die Werte, auf die sich diese Völker berufen, sind den unseren sehr nahe, wir haben selbst den Drang danach, sie zum Ausdruck zu bringen. Bei uns sind es Bestrebungen, die uns eigen, die uns gemeinsam sind, die aufgrund des Zustands der Zivilisation durch die vielen Jahrhunderte zum Entstehen, zum Aufbau, zur Zerstörung und zum erneuten Aufbau Europas beigetragen haben. Diese Werte bestehen ungeachtet der Fixpunkte, der Grenzen, der Trennungen, der Mauer: der Beweis ist erbracht, die Mauern fallen, man findet sich wieder, man versteht sich.

Ich bin, wie gesagt, davon überzeugt, daß das Bestehen einer starken und strukturierten Gemeinschaft ein Faktor der Stabilität und des Erfolgs für ganz Europa ist. Wir müssen somit unsere eigene Identität als Gemeinschaft festigen, unsere Entschlossenheit bekräftigen, unsere Institutionen stärken und unsere Union besiegeln. Dies ist die erste Lehre, die ich selbst ziehe, da es, wie mir scheint, keine andere Alternative zwischen der Öffnung nach Osten und der Vollendung des gemeinschaftlichen Aufbauwerks gibt. Beide Entwicklungen gehen Hand in Hand und, ich betone es nochmals mit Nachdruck, sie ergänzen sich. Es geht nicht darum, sich auf sich selbst zurückzuziehen, sondern darum aus dem Gelingen der Gemeinschaft die Kraft, die Energiereserven und die Dynamik zu schöpfen, die es dem ganzen Europa ermöglichen werden, sich wiederzufinden.

Ich habe diese Formulierung in der Pressekonferenz verwendet, die sich an unsere Tagung am Samstagabend anschloß, indem ich sagte, die große politische Lektion besteht in der Erkenntnis, daß es ein untrennbares Binom gibt. Zur gleichen Zeit wie die Erkenntnisse im Osten fortschreiten und sich entwickeln, im gleichen Tempo und warum nicht sogar noch ein wenig schneller, sollte das Europa der Gemeinschaft, um den Ereignissen voraus zu sein, sich noch über den bisher beschlossenen Grad hinaus festigen und möglichst rasch seine Identität in seinen Strukturen finden. Und diese Strukturen werden stark von dem politischen Willen, den es unter Beweis gestellt hat, abhängen, damit die Einheit, d. h. die politische Einheit, schließlich allen Schritten zugrundegelegt wird, die seit der Konzeption Europas durch die Gründungsväter unternommen wurde.

(Beifall)

Ich glaube, sagen zu können, daß sich die zwölf Staats- und Regierungschefs in diesem Gebiet zusammengefunden haben. Dies ist es, was sie zum Ausdruck bringen wollten. Dies war ihr eigener Wille. Ermutigung und Unterstützung der Schritte zur Demokratie hin überall dort, wo sie unternommen werden, aber auch Heranziehung dieser Faktoren, um zu begreifen, daß auch für unsere Gemeinschaft Lehren aus den Ereignissen zu ziehen sind.

Stellen Sie nach dem, was ich soeben gesagt habe, die Verbindung her zwischen dieser Tagung vom 18. November und derjenigen, die uns am 8. und 9. Dezember bevorsteht. Schließlich hat sich in der Zwischenzeit vieles ereignet und es werden noch andere Ereignisse hinzukommen. Ich möchte Ihnen sogleich sagen, auf welche Weise die konkreten Maßnahmen nach Maßgabe der von Land zu Land unterschiedlichen Situation gegenüber den sich im Aufbruch befindlichen osteuropäischen Ländern geprüft wurden.

Zunächst Polen und Ungarn. Die Zwölf haben unterstrichen, wie dringlich es für diese zwei Länder ist, daß ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds abgeschlossen wird, und es wurde beschlossen, daß die Gremien der Gemeinschaft ganz dringend bei dieser Institution vorstellig würden, um sie zu ersuchen, sich vor Ende des Jahres zu äußern. Natürlich müssen Polen und Ungarn hierzu vorbereitet sein, um zu einem guten Abkommen zu gelangen, das mit den Regeln übereinstimmt, die für unsere internationalen Institutionen gelten müssen. Doch besteht eine so große Dringlichkeit, daß die Gemeinschaft an der Seite dieser zwei Länder stehen muß, um sich für ein schwieriges Dossier einzusetzen, das es verdient, zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht zu werden.

Der jüngste Besuch des Kommissionspräsidenten und des Präsidenten des Ministerrates, der Herren Jacques Delors und Roland Dumas, in Warschau und in Budapest, hat es ermöglicht, die Bedürfnisse dieser zwei Länder zu verifizieren. Polen benötigt einen Stabilisierungsfonds, dessen Mittelbedarf auf eine Milliarde Dollar veranschlagt wird, und Ungarn beantragt hingegen einen Ablösungskredit in der gleichen Größenordnung. Ich kann Ihnen sagen, daß schon jetzt grundsätzlich gesagt werden kann, daß die Einführung solcher Instrumente als sicher angesehen werden kann.

Die Zwölf haben ferner über die Zusammenarbeit mit anderen Ländern gesprochen. So haben sie die Unterzeichnung von Handelsabkommen mit der Deutschen Demokratischen Republik in Aussicht genommen und voll akzeptiert. Im Gedränge der Ereignisse könnten wir es vielleicht übersehen, doch darf man nicht vergessen, daß dieses Land vielleicht als erstes eine Widerstandskraft und einen Mut gezeigt hat, die so herausragen, daß, auch wenn dadurch seine Wirtschaftslage sich nicht gebessert hat, es dieses Volk verdient hat, daß wir uns wirklich moralisch verpflichtet fühlen, an seiner Seite zu stehen, um ihm wie den anderen Ländern zu helfen, zumal gerade dieses Land, wie Sie wissen, eine schwerwiegende Wirtschaftskrise zu bewältigen hat.

Darüber hinaus und zur Unterstützung der Reformbewegung haben wir uns mit den einzuführenden Instrumenten befaßt. Diese Instrumente sind mehrfacher Art, ich werde gleich darauf zurückkommen. Es kam zu einer Aussprache über eine Frage, die eine solche Diskussion in der Tat verdient. Sollen den Ländern, die unsere Hilfe benötigen, Bedingungen gestellt werden oder nicht? Ja und Nein. Die Länder, die bisher noch keine klar geäußerte kategorische Bereitschaft gezeigt haben, sich mit demokratischen Institutionen im Sinne einiger grundlegender Zielsetzungen auszustatten, nämlich Achtung der Menschenrechte und Ankündigung freier und damit geheimer Wahlen; auch solche Länder, so schien es uns, sind es wert, daß wir eine zusätzliche Anstrengung unternehmen, daß wir sogleich zur Tat schreiten, die darin besteht, für sie eine Reihe von Vorteilen zu bewirken, die ihnen zukommen. Beispielsweise ihren Beitritt zu Institutionen, wie wenn die Gemeinschaft (ohne sich damit erweitern zu wollen, und erst recht nicht außerhalb des prozeduralen Rahmens), davon ausginge, daß es eine Gemeinschaft, eine Gruppe von Nationen und von Völkern gibt, die auf eine vergleichbare Weise vorgehen können. Es besteht somit eine gewisse Verbindung, die für diese Art von zu treffenden Maßnahmen zwischen Polen, Ungarn und den Ländern der Gemeinschaft hergestellt worden ist.

Dies bedeutet jedoch nicht, daß wir die Länder, die noch nicht so weit sind, ihrem Schicksal überlassen

hätten. Wir möchten nicht, daß Hilfen es diktatorischen und totalitären Regimen, die hier oder da noch fortbestehen, in irgendeiner Weise ermöglichen, in der Beteiligung unserer Länder ein neues Element für ihr Weiterbestehen zu finden. Dies wäre absurd, doch gleichzeitig erkennt man auch sehr wohl, wie unerfreulich es wäre, unsere Mitarbeit nur deshalb zu verweigern, weil diese Länder, die nicht das Glück hatten, früher von einem System, unter dem sie leiden, befreit zu werden, für den Fall, daß Bedingungen gestellt würden, von unserer Hilfe und unserer Freundschaft ausgenommen wären. Es geht also um ein angemessenes Vorgehen, und wir bemühen uns um die richtige Dosierung. Und wenn wir eine Vorgehensweise festgestellt haben, wenn wir eine Reihe von Abkommen vorgesehen haben, eine vollauf richtige Perspektive gegenüber Polen und Ungarn, so stecken wir dennoch auch den Weg für alle anderen Länder ab und setzen Orientierungspunkte, damit jeder klar sehen kann.

Um die Reformbewegung zu unterstützen, dürfen wir uns nicht einfach darauf beschränken, eine passive Haltung einzunehmen und den Gang der Ereignisse zu beobachten. Wir müssen diese Bewegung auch begleiten, sie weiterführen helfen. Die hierzu zu schaffenden Instrumente sind definiert worden und müssen in den kommenden Tagen oder Wochen erneut erörtert werden. Ich werde Ihnen einige nennen, insbesondere das Vorhaben, das ich im übrigen am 25. Oktober zur Sprache gebracht hatte, nämlich einer Bank für die Entwicklung und Modernisierung Osteuropas.

Ich äußerte mich damals im eigenen Namen; was in Paris beschlossen wurde, war ein der „Troika“ übertragenes Mandat. Ich glaube also, daß die Bank, die mit den regionalen Banken für Südostasien und für Afrika vergleichbar ist, eine weitgehende Beteiligung all derjenigen umfassen müßte, die den Wunsch haben werden, sich an ihrem Kapital zu beteiligen, angefangen mit den 24 Ländern, die auf den Aufruf des Pariser Weltwirtschaftsgipfels am 14. Juli d. J. geantwortet haben. Dies würde bis zur ausdrücklichen Zustimmung der Mitglieder der Gemeinschaft die Originalität dieser Bank ausmachen.

Man hat natürlich auch den Fall der EIB zur Sprache gebracht. An diese Möglichkeit denkt man sofort. Aber auch wenn wir nicht die Manie haben wollen - und ich meinerseits habe sie nicht - bei jeder Gelegenheit immer wieder neue Einrichtungen zu schaffen, und ich mag die Bürokratien nicht mehr als Sie, die Rolle der EIB liegt nun nicht in diesem Bereich. Die EIB hat eine hauptsächlich an die Strukturfonds gebundene Aufgabe, ihr Blickfeld erstreckt sich auf eine andere Seite Europas, sie setzt sich nur aus den 12 Ländern der Gemeinschaft zusammen.

Ich meine - und wir sind einige, die so denken -, daß die neue Bank spezifisch auf die osteuropäischen Länder ausgerichtet sein muß und daß sich in ihr nicht nur die Mitglieder der Gemeinschaft, sondern alle Länder guten Willens in der Welt zusammenfinden müssen und gleichzeitig auch alle Gelder - unabhängig von ihrem Ursprung -, damit daran eine ganz weiträumige Bewegung entsteht, die dem Umfang der Aufgaben, die sie erwarten, angemessen ist. Ich lege daher den Nachdruck auf diese besondere Perspektive und werde dies auch künftig tun. Die „Troika“ hat begonnen hierfür zu sprechen, sich hiermit zu befassen; sie wird am 8. und 9. Dezember d. J. darüber berichten. Ich hoffe, daß dieses Vorhaben, das von verschiedenen Seiten von verschiedenen Plätzen dieser Versammlung und unserer nationalen Parlamente aus angeregt wurde und bei dem es sich um einen Gedanken handelt, der in der Tat in vielen Köpfen entstanden ist, daß also diese Bank für die osteuropäischen Länder sich wirklich der Entwicklung annehmen soll und bei der Heranbildung neuer Kräfte mitwirken muß, wodurch diese von Anfang an vor dem Abgrund gerettet werden können, vor dem sie sich befinden. Aus dieser Sicht besteht eine äußerste Dringlichkeit, und ich meine, daß selbst wenn die Einrichtung dieser Bank eine Reihe von Fristen erforderlich machen könnte und wenn diese Fristen bestehen, und ich habe Grund zu dieser Befürchtung, so ist es doch notwendig, eine sofortige Lösung ins Auge zu fassen. Das heißt, daß schon in der kommenden Woche damit begonnen werden muß, die Institutionen in Bewegung zu setzen, die in der Lage sind, diese Aufgabe zu übernehmen, bis eine Einrichtung geschaffen wird.

Wenn wir uns übrigens erinnern, was der eine oder andere gehört hat, so erinnere ich mich an eine Unterredung mit Herr Gorbatschow. Ich gebe nur selten Einzelheiten von Gesprächen auf einer Tagung wie heute preis, aber es ist so oft gesagt worden, daß ich mich befugt fühle, hier daran zu erinnern. Ich erinnere mich an den Tag, an dem er mit sagte: „. . . das, was wir am meisten benötigen, ist die Ausbildung unserer Führungskräfte“. In wie vielen anderen Ländern haben wir nicht das gleiche gehört? „Wir müssen

Unternehmer heranbilden" - es scheint, daß die Männer und Frauen, denen es obliegt, für das Funktionieren dieser Länder zu sorgen, nicht mehr in der Lage sind, dies zu tun, weil sie hierfür nicht ausgebildet wurden. Sie wurden anders ausgebildet. Sie haben sich den neuen Formen der Verwaltung nicht angepaßt.

Letztlich liegt hier unsere Rolle. Laßt sie uns ohne Bedingungen wahrnehmen. Lassen Sie uns ein Projekt für die Ausbildung der Führungskräfte aller dieser Länder ausarbeiten, ebenso wie wir beschlossen haben, in der Gemeinschaft bereits bestehende Programme in allem, was die Erziehung und die Ausbildung berührt, den osteuropäischen Ländern zu öffnen. So könnte man eines Tages - und hier improvisiere ich und lasse meinen Gedanken freien Lauf - einen ungarischen Studenten sich vorstellen, der vom ERASMUS-Programm profitiert, um in Oxford zu promovieren, einen Studenten aus Leipzig, der dank des COMETT-Programms ein Praktikum in einem niederländischen, italienischen oder, warum nicht, französischen Unternehmen absolviert, einen Französischlehrer aus Warschau, der sich in dieser Sprache dank des LINGUA-Programms fortbildet usw. Sie haben sicher verstanden, was wir damit sagen wollen. Diese Programme behalten wir uns nicht alleine vor. Wir haben unsere Aktionen in einigen Bereichen und insbesondere auf technologischer Ebene bereits weit über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus angelegt, und wir werden dies auch weiterhin tun.

Es wurden weitere Vorschläge gemacht, wie insbesondere der Beitritt - zunächst als Beobachter - einiger osteuropäischer Länder zum Europarat und zum GATT. Jeder dieser Vorschläge wird natürlich im Rahmen und nach Maßgabe der geeigneten Verfahren geprüft werden, um die Formulierung unserer Verwaltungsfachleute zu verwenden. Über die geeigneten Verfahren werden wir schon am 8. und 9. Dezember im europäischen Rat berichten, der seine Aufgaben in diesem Punkt wahrnehmen wird, und ich hoffe, daß wir darauf nicht weiter zurückkommen werden oder vielmehr, daß, wenn wir darauf zurückkommen, dann nur, um mehr und Besseres zu tun.

Hat die Gemeinschaft den Erwartungen derjenigen, die an sie glauben, entsprochen? Hat sie wirklich auf den besorgten Appell von Herrn Mazowiecki geantwortet, der darum bat, den Zustand eines Europas der Armen neben einem Europa der Reichen nicht fortbestehen zu lassen? Hat sie den Erwartungen dieses Hohen Hauses entsprochen, das bei verschiedenen Gelegenheiten eine Reihe von Vorhaben unterbreitet hat? Hat die Gemeinschaft den Erwartungen derjenigen entsprochen, die als Männer und Frauen Europas darauf warten, daß Europa seiner Stimme in allen Belangen dieser Welt Gehör verschafft und gleichzeitig seine Rolle als handelnde Kraft in einem neuen politischen Gleichgewicht und als einer der Hauptakteure im Leben der Menschen auf diesem Planeten festigt?

Es wird nie genug getan und man ist nie schnell genug. Die Schnelligkeit des Vorgehens heißt dabei nicht, daß keine Überlegungen stattfinden. Aber man muß sich wohl sagen - und ich wende mich hier an eine Versammlung, die davon überzeugt ist, da sie uns dies immer wieder in Erinnerung ruft, und ich möchte, daß meine Worte auch über diese Versammlung hinaus gehört werden -, daß nichts von alledem geschehen wird, wenn wir nicht fähig sind, in einigen Tagen miteinander, innerhalb der Gemeinschaft, bei den grundlegenden Vorhaben zu Ergebnissen zu gelangen, die es unserem Europa ermöglichen werden, sich mit den Instrumenten einer Wirtschafts- und Währungspolitik auszustatten, den Instrumenten einer Sozialpolitik und denen einer Umweltpolitik. Dies wird nicht geschehen, wenn wir uns nicht an den Zeitplan und die Vorgehensweise halten, die wir bereits beschlossen haben, und den Binnenmarkt vollenden.

(Beifall)

Dies sind die Felder, auf denen wir uns nun betätigen werden. Hiermit werden wir uns nun befassen. Dies sind die Fragen, die ich in wenigen Tagen in Straßburg aufwerfen werde, jeder wird darauf antworten müssen. Und da ich bei meinem Thema bleiben möchte, bin ich sicher, daß in dem Bewußtsein der Verantwortlichen, die wir alle sind, ein Licht erkennbar wird, das nicht blendet, sondern den ganzen Horizont erhellt: Von dem, was wir in der Lage sein werden, untereinander und für uns zu tun, wird sich das ergeben, was für die anderen brauchbar, ernst- und dauerhaft erscheinen wird. Wir halten, kurz gesagt, in unseren Händen viel mehr als unser eigenes Schicksal. Wir können nunmehr den Weg zeigen, ohne weitere Ambitionen, ohne Herrschaftswünsche, ohne das Gefühl zu haben, eine belehrende Instanz darzustellen, dafür aber in dem tief verwurzelten und hundertfach in jedem unserer Länder unter Beweis gestellten Willen

zur Demokratie. Wir möchten, daß die Art und Weise, in der die Gemeinschaft ihre Aktion festlegt, in den osteuropäischen Ländern bei deren Suche, deren Aufbruch, deren Angst und deren Hoffnung denjenigen Männern und Frauen als Beispiel dient, die wie wir millionenfach hoffen, daß eines Tages Europa tatsächlich Europa sein wird.

Dies ist es, meine Damen und Herren, was ich von dem Europäischen Rat in Straßburg erwarte. Sie können ermessen, wie wichtig die Fragen sind, um die es geht, ich habe Ihnen nichts beizubringen, ich wende mich an eine Versammlung, die in ihrer überwältigenden Mehrheit davon überzeugt ist, daß der Weg und die Pflicht, die wir gemeinsam beschreiten bzw. auf uns nehmen müssen, hier liegen.

(Lebhafter Beifall)